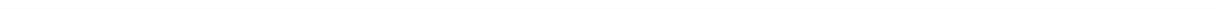


# Chronik über die Ereignisse im Zusammenhang mit dem faschistischen Terror und nazistischer Regierungsgewalt im Land Braunschweig 1930 – 1933 und Ereignisse in Braunschweig bis 1945

Nachträge zur  
Gedenkveranstaltung in Rieseberg am 04. Juli 2023



## Anhang

### Chronologie zu politischen Ereignissen und nationalsozialistischen Gewalthandlungen im Freistaat Braunschweig 1931 – 1933 / 1934 sowie der Reorganisation und Entwicklung der Politischen Polizei in Land und im Reich bis 1944 / 1945

(ohne Anspruch auf chronologische Vollständigkeit bis 1945)

#### 1929

06.01.1929 Heinrich Himmler leitete als "Reichsführer SS" die Schutzstaffeln (SS) der NSDAP, welche seinerzeit als kleine Spezialeinheit der SA angegliedert war.

#### 1930

14.09.1930 bei der Wahl zum braunschweigischen Landtag entfallen auf die SPD 17, KPD 2, Bürgerliche Einheitsliste (BEL) 11, NSDAP 9 und Staatspartei (Jungdeutscher Orden/Jungdo) 1 Sitze.

01.10.1930 Wahl der braunschweigischen Minister, Koalitionsregierung unter dem Kieler Amtsgerichtsrat und MdR seit 15.09.30 Dr. Anton Franzen (NSDAP), Minister des Innern und für Volksbildung.

11.12.1930 Wahl NSDAP, SA, SS und Hitlerjugend feiern bereits mit Massenveranstaltungen die "Teileroberung" Braunschweigs

#### 1931

22./23.03.1931 Die NSDAP hält in Braunschweig ihren "Gautag" ab, auf dem die gesamten Gliederungen der Niedersächsischen NSDAP uniformiert auftreten

27.07.1931 Rücktritt Dr. Franzens von den politischen Ämtern in der Landesregierung.

15.09.1931 Wahl des NSDAP-Abgeordneten Dietrich Klagges zum Staatsminister durch NSDAP und Bürgerliche Einheitsliste (BEL).

18.09.1931 Aufhebung des von seinem Vorgänger Franzen (NSDAP) angeordneten Umzugsverbots für politische Gruppen.

20.09.1931 Bei den Umzügen der SA demonstriert die NSDAP ihre im Freistaat gewonnene Macht.

22.09.1931 Umzüge der Arbeiterparteien und -Verbände werden in den folgenden Monaten wiederholt Verboten unterworfen.

02.10.1931 Gründung der Sozialistischen Arbeiterpartei SAP (Links-Abspaltung von der SPD) in Braunschweig.

11.10.1931 Treffen der nationalistischen und nazistischen Rechtsverbände und ihrer Parteien in Bad Harzburg - Bildung der Harzburger Front.

17.10.1931 **Aufmarsch von rund 100.000 SA-Männern** des Reiches zu einer Demonstration ihrer Macht in Braunschweig; u.a. nimmt Hitler den Vorbeimarsch vor dem Braunschweiger Schloß ab.

18.10.1931 *Er mordung der beiden Arbeiter Engelke und Heinrich Fischer* durch SA-Mitglieder während des dreitägigen SA-Treffens in der braunschweigischen Hauptstadt.

21.10.1931 Erstes Verbot der sozialdemokratischen Zeitung "Volksfreund" durch Innenminister Klagges.

22.10.1931 Die Arbeiter der Braunschweiger Betriebe reagieren auf die Morde mit einem **Massenstreik; an der Beisetzung der Toten** beteiligen sich rund **25.000 Menschen**.

03.11.1931 Große Anfrage der SPD im Landtag wegen der Vorkommnisse beim Aufmarsch der SA und der unterschiedlichen Handhabung des Umzugsrechtes durch den Innenminister.

- 06.11.1931 Zweites Verbot des "Volksfreund" nachdem die Reichsregierung das erste Verbot vorzeitig aufgehoben hatte.
- 08.11.1931 Antifaschistische Delegiertenkonferenz unter der Leitung der KPD, an der sich linke Splitterparteien, nicht aber die SPD beteiligen; die Anwesenden beschließen die Durchführung von Streiks, wenn die SA wieder Aufzüge zur Gewaltausübung nutzt.
- 02.12.1931 Gründung der Sozialistischen Arbeiterpartei (SAP) in Braunschweig.
- 08.12.1931 Notverordnung des Reichspräsidenten verbietet das Tragen einheitlicher Kleidung und politischer Abzeichen (Uniformverbot); die Braunschweiger SA verstößt systematisch gegen die Verordnung.
- Die SPD gründet als Gegenmaßnahme zur "Harzburger Front" die "*Eiserne Front*", der neben den Parteien auch die freien Gewerkschaften angehören.

## 1932

- 16.01.1932 Eklat beim Kongreß des Landesverbandes der Polizeibeamten, als ein kommunistischer Gastredner die Veranstaltung entgegen der Absprache zur Agitation benutzt.
- 19.01.1932 Verbot des Landesverbandes der Polizeibeamten durch den Innenminister aufgrund dieses Vorfalles.
- 22.01.1932 der *Reichsbanner-Mann Meier* wird vor dem Eingangstor zur Mühlen- und Industriebau AG (MIAG) in Braunschweig *erschossen*, vermutlich von SS-Angehörigen.
- 27.01.1932 rund *20.000 Arbeiter* aus Braunschweiger Betrieben beantworten die Tötungshandlung mit einer *Arbeitsniederlegung* und *Beteiligung an der Beerdigung*.
- 25.02.1932 Einstellung des Österreicher Adolf Hitler in den braunschweigischen Staatsdienst als Regierungsrat (Sachbearbeiter für wirtschaftliche Fragen), womit ihm die braunschweigische Landesregierung die deutsche Staatsbürgerschaft verleiht und Hitler zur Wahl des Reichspräsidenten kandidieren kann.
- 12.03.1932 Großveranstaltung der SA in Braunschweig; Verbot für Umzüge durch die Arbeiterparteien und ihre Organisationen, Demonstration der Eisernen Front.
- 13.03.1932 Erster Durchgang der Reichspräsidentenwahl.
- 10.04.1932 Zweiter Durchgang der Reichspräsidentenwahl.
- 13.04.1932 reichsweites SA-Verbot durch eine Notverordnung des Reichspräsidenten; in Braunschweig wird dagegen verstoßen.
- 09.06.1932 Antrag der NSDAP-Fraktion zur Auflösung des Landtags wird mit den Stimmen von SPD und KPD bei Enthaltung der DVP abgewiesen.
- 13.06.1932 Landesparteitag der SPD, verläuft ohne Störungen durch nationalistische Verbände.
- 16.06.1932 nach der Aufhebung des SA-Verbotes durch die Papenregierung kommt es im Freistaat zu neuen Gewalthandlungen durch die Mitglieder rechtsextremistischer Organisationen; Überfälle auf Arbeiter und in Arbeiterwohngebieten.
- 20.06.1932 Aufhebung des Umzugs- und Uniformierungsverbotes durch die Verordnung des Reichspräsidenten.
- 24.06.1932 durch eine *Großveranstaltung* in Braunschweig demonstrieren die Mitglieder der *Eisernen Front* Geschlossenheit zur Abwehr der Nationalsozialisten.
- 05.07.1932 Braunschweiger Amnestiegesetz durch Alpers (NSDAP) im Landtag ein-gebracht und mit den Stimmen der Bürgerlichen Einheitsliste (BEL) beschlossen; rechtsextremistische politische Täter werden somit bei künftigen Gewalthandlungen begünstigt.
- 13.07.1932 nachdem bei einem Aufmarsch der Eisernen Front in Wolfenbüttel von der Polizei Waffen gefunden worden sind, verbietet der braunschweigische Innenminister jede weitere Veranstaltung der Eisernen Front unter freiem Himmel.

- 19.07.1932 Viertes Verbot der sozialdemokratischen Zeitung "Volksfreund" wegen angeblicher Beschimpfungen des Innenministers.
- 20.07.1932 eine Reaktion der Arbeiterparteien auf den Papenschen Staatsstreich in Preußen bleibt aus; die Flugblätter der KPD, die zum Streik aufrufen, bleiben ohne Resonanz; Demonstrationen verbietet der Innenminister.
- 21.07.1932 Polizeirazzien in den Arbeitervierteln Braunschweigs nach Flugblättern der KPD; gesteigerte öffentliche Aktivität der SA im Zeichen der anstehenden Reichstagswahlen.
- 26.07.1932 nach dem Umzugsverbot folgt ein Versammlungsverbot für Veranstaltungen der SPD wegen Gefährdung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung.
- 31.07.1932 Reichstagswahlen mit großen Stimmengewinnen für die NSDAP und Gewinnen der KPD mit großen Verlusten für die SPD.
- Bombenanschläge der SS** in Braunschweiger Arbeitervierteln und auf die Wohnung des SPD-Oberbürgermeisters **Ernst Böhme**; die Anschläge werden von der SS unter Leitung des Führers Friedrich Jeckeln organisiert; Klagges nutzt den Vorfall, um seine Forderung nach Einsatz einer neuen Art von **"Hilfspolizei"**, die aus Angehörigen rechtsextremistischer Organisationen gebildet werden soll, und die für "Ruhe und Ordnung" sorgt, Nachdruck zu verleihen
- der **SA-Studentenführer Axel Schaffelt** wird **erschossen**, vermutlich von KPD-Mitgliedern (womöglich aus Notwehr).
- 01.08.1932 Antrag des braunschweigischen Innenministers beim Reichsminister des Innern zur Bildung einer Hilfspolizei im Freistaat.
- 06.08.1932 erneuter Sprengstoffanschlag durch die SS, wobei Häuser in einem Arbeiterviertel Braunschweigs beschädigt werden.
- 09.08.1932 eine Notverordnung des Reichspräsidenten verschärft die Bestimmungen für politisch motivierte Bomben- und Sprengstoffanschläge (neben Braunschweig war vor allem Breslau ein Wirkungsfeld rechtsextremistischer Bombenanschläge).
- 12.08.1932 der Reichsminister des Innern erklärt die Bildung und den Einsatz einer Hilfspolizei für unzulässig.
- 28.08.1932 Aufruf der KPD-Vertrauensleute beim Photoapparatehersteller Voigtländer, in Verbindung mit dem ISK und der SAP zur Bildung antifaschistischer Betriebshundertschaften findet bei der SPD keine Resonanz.
- 01.10.1932 erneuter Antrag der NSDAP zur Auflösung des Landtags wird diesmal auch mit den Stimmen der BEL abgewiesen.
- 15.10.1932 **Ermordung des SA-Mannes Kampe**; die Tat wird den Kommunisten angelastet, obwohl es sich um einen Fememord handelt.
- 19.10.1932 Abbruch einer SPD-Veranstaltung in Braunschweig wegen des Zwischenrufs "Nieder mit Klagges!" und Verbot weiterer Demonstrationen.
- 06.11.1932 Reichstagswahl mit Stimmenverlusten der NSDAP und Gewinnen der KPD.

## 1933

- 29.01.1933 **2.000 Demonstranten der Eisernen Front** rufen in Braunschweig zur Verteidigung der Republik auf
- 30.01.1933 Hitler wird zum Reichskanzler ernannt;  
Fackelzüge von SA und SS zur **"Machtergreifung"** durch die **"Regierung der nationalen Erhebung"**; **Protestzüge von Arbeitern Braunschweiger Großbetriebe** zum Gewerkschaftshaus; die Gewerkschaften verhalten sich abwartend.
- 31.01.1933 **Großdemonstration der Eisernen Front** in Braunschweig.
- 01.02.1933 Aufruf der KPD zum Generalstreik in Braunschweig und Wolfenbüttel bleibt ohne Widerhall; MdL **Paul Gmeiner** wird verhaftet (1944 im KZ ermordet).
- 03.02.1933 Braunschweiger Notverordnung verbietet der KPD jegliche Aktivität; Hausdurchsuchungen bei KPD-Mitgliedern.
- 04.02.1933 Notverordnung des Reichspräsidenten, die **"Verordnung zum Schutz des deutschen Volkes"** (RGBl. 1933 I, S. 35) erlaubt, marxistische Publikationen zu verbieten, ferner das Sich-nicht-Entfernen aus einer für aufgelöst erklärten Versammlung, Verstöße gegen die Anmeldepflichten von Versammlungen etc.
- 08.02.1933 Wahlkundgebungen der SPD werden von SA verhindert; erste Verhaftung von SPD-Mitgliedern
- 11.02.1933 Gautreffen der SA in Braunschweig, in deren Verlauf es zu schweren Ausschreitungen in Arbeiterwohngebenden kommt, *eine* Arbeiterin und ein Arbeiter werden dabei getötet, in dem sie in den Folgetagen ihren schweren Verletzungen erliegen. **Auguste Reineke** stirbt am 14. Februar und **Albert Wiese** am 13. Februar.
- 12.02.1933 Bezirksparteitag der SPD in Gandersheim zur Wahl der Reichstagskandidaten.
- 17.02.1933 **Massenstreikaktion** in Braunschweig zur Beerdigungsfeier der zwei beim Gautreffen der SA am 11.02. getöteten Auguste Reineke und Albert Wiese. In allen Großbetrieben ruht die Arbeit. Nach Robert Gehrke versammeln sich an dem Tag rund 30.000 Arbeiterinnen und Arbeiter in den verschiedenen Stadtteilen und ziehen in geschlossenen Belegschaften im Sternmarsch zum Friedhof, um sich vor dem Krematorium zu versammeln.
- 22.02.1933 Empfehlung des preußischen Innenministers zur Aufstellung einer Hilfspolizei unter Aufsicht der regulären Polizei.
- 28.02.1933 Die Notverordnung des Reichspräsidenten, die **"Verordnung zum Schutz von Volk und Staat"** ("Reichstagsbrand-Verordnung") setzt die für den bürgerlichen und demokratischen Rechtsstaat grundlegenden Freiheitsgarantien nach Art. 114, 115, 117, 118, 123, 124 und 153 der Weimarer Verfassung außer Kraft, insbesondere den verfassungsmäßigen Schutz vor willkürlichen Verhaftungen (RGBl. 1933 I, S. 8).
- 01.03.1933 Erste Verordnung des braunschweigischen Minister des Innern zur VO zum Schutz von Volk und Staat / Reichstagsbrand-VO verbietet alle Versammlungen und Publikationen "kommunistischer" (KPD) und "marxistischer" (SPD) Richtungen (im Reich beschränkt sich das Verbot noch ausschließlich auf die KPD).  
**Aufstellung der "Hilfspolizei"**, die zu gleichen Anteilen aus Angehörigen der SA, der SS und des Stahlhelms rekrutiert wurde.
- 02.03.1933 Beginn größerer Verhaftungswellen.
- 05.03.1933 Reichstagswahl.
- 06.03.1933 der Reichsminister des Innern empfiehlt die sofortige Sicherstellung aller Fahrzeuge der KPD; der braunschweigische Innenminister dehnt die Maßnahme auf alle Arbeiterparteien aus.
- 07.03.1933 Zweite VO des braunschweigischen Minister des Innern zur VO zum Schutz von Volk und Staat / Reichstagsbrand-VO verbietet Reichsbanner und Eisernen Front (wie auch im Reich).

- Ernennung ausgewählter SA- und SS- sowie Stahlhelm-Angehöriger zu Hilfspolizisten ohne Polizeikontrolle in Braunschweig.
- 08.03.1933 SS-Hilfspolizei marschiert unter Führung von Friedrich Alpers, Führer der 49. SS-Standarte / Braunschweig zum Braunschweiger Rathaus und erzwingt dort das Hissen der Hakenkreuzfahne;
- 09.03.1933 *Erste große massive Gewalt- und Verfolgungswelle in Braunschweig ("Überholaktion")*, bei der das sozialdemokratische "Volksfreundhaus" durch SS erstürmt wird; der Kaufmann *Hans Saile* wird *getötet*; zahlreiche Mißhandlungen von politischen Gegnern der Nazis.
- 11.03.1933 Verhaftung des Volksfreund-Redakteurs *Otto Thielemann* (1938 im KZ Dachau ermordet).
- Die nazistischen Verbände gegen gegen jüdische Geschäftsinhaber vor, beschmieren Schaufenster mit antidüdischen Parolen wie „Juda verrecke“.
- Ein Telegramm des Berliner Polizeipräsidenten warnt vor Überfällen durch die KPD.
- 12.03.1933 Verlängerung der 1. VO zur VO des Reichspräsidenten zum Schutz von Volk und Staat.
- 13.03.1933 Verhaftung und Absetzung des Braunschweiger Oberbürgermeisters *Ernst Böhme* (SPD).
- 14.03.1933 Landtagssitzung ohne die Arbeiterparteien; die SPD erklärt sich angesichts der Verfolgungen außerstande, teilzunehmen.
- 15.03.1933 Beginn der sogenannten "*Überholaktionen*" der SA unter Oberführer Sauke, bei denen Orte im Freistaat mit hoher sozialistischer Mehrheit Ziel der Angriffe sind.
- in Seesen werden Arbeiterfunktionäre gefoltert und mißhandelt, *der jüdische Kaufmann Max Bremer* ermordet.
- 16.03.1933 Klagges untersagte durch Erlaß den Landespolizeibehörden, Anzeigen gegen Hilfspolizisten wegen ungesetzlicher Ausschreitungen zu verfolgen.
- 17.03.1933 3. VO des braunschweigischen Minister des Innern zur VO zum Schutz von Volk und Staat verfügt die Auflösung der Arbeiter-Jugendorganisationen.
- 18.03.1933 Erstürmung und Besetzung des Gebäudes der Allgemeinen Ortskrankenkasse (AOK) in der Fallerleber Straße durch die Stahlhelm-Hilfspolizei.
- Beginn der sogenannten "**Mandatsverzichtswelle**", bei der die SPD- Stadtverordneten und MdL durch Drohungen, Mißhandlungen und Folter gezwungen werden, ihr politisches Mandat aufzugeben
- Verhaftung des ehemaligen braunschweigischen Ministerpräsidenten, Rechtsanwalt *Dr. Heinrich Jasper* (SPD, 1945 im KZ Bergen-Belsen umgekommen).
- 19.03.1933 "*Überholaktion*" in Blankenburg.
- 21.03.1933 Anweisung der Reichsregierung zur Einsetzung von Sondergerichten in den Oberlandesgerichts-Bezirken, um Vergehen gegen die VO des Reichspräsidenten zum Schutz von Volk und Staat justiziell zu verfolgen (politisches Schnellgerichtsverfahren mit stark eingeschränkten Verfahrensrechten für Angeklagte)
- Reichsamnestie für politische Straftaten durch die **Straffreiheits-Verordnung**, die im Zusammenhang mit der Regierungsumbildung zur "nationalen Erhebung" begangen wurden, mit der die Reichsregierung Verbrechen amnestierte, die im Zuge der "nationalen Erhebung" von SA- und Parteiangehörigen begangen wurden (Straffreiheits-VO, RGBl. I, S.559); mittels der Amnestie werden die rechtsextremistischen Bombenattentäter, drei SS-Männer, die im Zusammenhang mit den Bombenanschlägen im August 1932 in Arbeitervierteln und auf das Haus von Oberbürgermeister Böhme verhaftet wurden, noch vier Tage vor der Reichsamnestie für Straftaten "aus Nationalen Beweggründen" vom 21. März 1933 aus der U-Haftanstalt Rennelbergstraße (Braunschweig) entlassen. Am Entlassungstag werden sie unmittelbar nach der Haftentlassung als Helden gefeiert von einer SS-

- Formation mit Musik zum Sitz des SS-Abschnitts IV geleitet. BLZ vom 18. März 1933.
- Verordnung gegen heimtückische Angriffe auf Staat und Partei (RGBl. I, S. 135, "**Heimtückeverordnung**").
- "Überholaktion"** in Zorge.
- 24.03.1933 Als weiterer bedeutsamer Einschnitt in die Verfassung erging das "**Gesetz zur Behebung der Not von Volk und Reich**" (RGBl. 1933 I, S. 141, das sogenannte "**Ermächtigungsgesetz**"), welches in Art. 1 vorsah: Reichsgesetze können "außer in dem in der Reichsverfassung vorgesehenen Verfahren auch durch die Reichsregierung beschlossen werden".
- 25.03.1933 Höhepunkt der "**Mandatsverzichtswelle**" in Braunschweig, **Folterung** des Gewerkschaftsfunktionärs **Mattias Theisen** (SPD) (*Theisen stirbt* am 10. April 1933 an den Folgen der Verletzungen).
- 26.03.1933 Anordnung des braunschweigischen Finanzministers an alle Beamten, nachzuweisen, daß sie keiner marxistischen Partei angehören (im Reich am 7.4.33 angeordnet).
- Besetzung des Gewerkschaftsheim in Rieseberg** / Landkreis Helmstedt (erste Beschlagnahme von ADGB-Vermögen, im Reich am 2.5.33).
- 27.03.1933 Beginn der **zweiten Terrorwelle ("Überholaktion")** im Freistaat, weil Klagges einen Putschversuch des Stahlhelms und des verbotenen Reichsbanners vermutet, deren Mitglieder sich vor dem Gebäude der Allgemeine Ortskrankenkasse versammelt haben, um in den Stahlhelm als letzte organisatorische Basis gegen die Nazis einzutreten, erstürmt SA- und SS-Hilfspolizei die Stahlhelm-Kaserne AOK, die die Stahlhelm-Hilfspolizei am 18. März selbst besetzt hatte, und richtet in den Kellerräumen Folterstätten ein.
- Während der Besetzung der AOK wird der Braunschweiger Arbeiter **Paul Kriosko** Arbeiter (Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold) durch SA-Leute vor seiner Wohnung erschossen.
- "Überholaktion"** in Langelshiem, der Telegrafenaufseher **August Grothenne** (SPD) wird so gefoltert, dass er tags darauf *stirbt*.
- 28.03.1933 4. VO des braunschweigischen Minister des Innern zur VO zum Schutz von Volk und Staat ordnet die Auflösung aller marxistischen Verbände und Vereine an.
- 31.03.1933 1. Reichsgesetz zur Gleichschaltung der Länder gibt den Länderregierungen bzw. Länderparlamenten Gesetzgebungsrecht zur Ausschaltung politischer Gegner (in Braunschweig seit dem 14.3.1933 erzwungen).
- 01.04.1933 Klagges muß auf Weisung der Reichsregierung (RMdl) das von ihm angeordnete Verbot des Stahlhelms aufheben.
- Amnestiegesetz für politische Verbrechen, die im Auftrag des braunschweigischen Minister des Innern im Zusammenhang mit der Stahlhelm-Aktion begangen wurden.
- Einsetzung sogenannter "Politischer Beauftragter" bei den Kreisdirektionen im Freistaat zur Überwachung der Kreisdirektoren (Bad Harzburg, Blankenburg, Helmstedt, Holzminden, Wolfenbüttel).
- 04.04.1933 Gesetz zur Abwehr politischer Strataten (Reichsgesetzblatt 1933 I, S. 162).
- 06.04.1933 Gleichschaltung der Technischen Hochschule in Braunschweig.
- 07.04.1933 "**Gesetz zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums**" vom 7. April 1933 (RGBl. 1933 I, S. 175 ff).
- Ernennung des Kreisleiters des NSDAP-Kreises Braunschweig-Stadt, Studienrat Dr.phil. Wilhelm Hesse, zum Staatsbeauftragten beim Rate der Stadt.
- 08.04.1933 Gleichschaltung der Industrie- und Handelskammer (IHK) in Braunschweig.
- 09.04.1933 Gleichschaltung der Lehrerverbände.

- Erste Verurteilungen des neuen Sondergerichts** unter dem nationalsozialistischen Vorsitzenden, Friedrich Lachmund, das Gericht tagt im AOK-Gebäude, wo die SS-Hilfspolizei residiert und ein Foltergefängnis betreibt.
- 10.04.1933 Razzien in den Braunschweiger Schrebergärten, wobei die Hilfspolizei Waffen und marxistische Schriften findet.  
Gleichschaltung der Schrebergartenverbände
- 12.04.1933 Gleichschaltung der Anwaltskammer
- 13.04.1933 Gleichschaltung des braunschweigischen Landtages und der Stadtverordnetenversammlung.  
Weitere Razzien in den Schrebergärten.
- 15.04.1933 Absetzung der gewählten Betriebsräte durch die Klagges-Regierung.
- 20.04.1933 zu Hitlers Geburtstag feiert die NSDAP den Sieg mit großen Paraden, Reichsamnestie für politische Häftlinge
- 24.04.1933 Übertritt der Mehrheit des Vorstandes des DNVP- Landesverbandes, darunter der vier Landtagsabgeordneten, zur NSDAP (im Reich erfolgt der Übertritt zwei Monate später am 29.06.33)
- 26.04.1933 Selbstauflösung der DVP des Landes Braunschweig.
- 29.04.1933 Eröffnung des rein nationalsozialistischen Landtages, was Klagges stolz dem Reichskanzler meldet.
- 02.05.1933 reichsweite Aktion zur endgültigen Zerschlagung der Gewerkschaften.
- 04.05.1933 Auftrag des Reichsministers des Innern zur Feststellung aller Emigranten (nach Feststellungen der Klagges-Regierung 17 Personen in Braunschweig).
- 05.05.1933 Ernennung des Gauleiters der NSDAP in Magdeburg-Anhalt, Hauptmann a.D. Wilhelm Friedrich Loeper, zum Reichsstatthalter in Braunschweig und Anhalt.
- 06.05.1933 Der Reichsstatthalter ernennt **Klagges zum Ministerpräsidenten** und **Alpers zum Justizminister**.
- 09.05.1933 reichsweite Bücherverbrennungsaktion.
- 12.05.1933 feierliche Vereidigung von Klagges und Alpers als Landesminister durch den Reichsstatthalter.
- 14.05.1933 erneute lokale Stahlhelmverbote, weil Reichsbanner-Mitglieder in die Organisation aufgenommen wurden.
- 17.05.1933 Beschlagnahme aller Grundstücke der SPD und der Arbeiterorganisationen (Weisung des RMdl).
- 18.05.1933 Gleichschaltung aller noch nicht erfaßten Vereine und Verbände (u.a. Bibelforscher, Wachturm etc.).
- 26.05.1933 reichsweite Verordnung zur Beschlagnahme kommunistischen Vermögens (in Braunschweig schon im März erfolgt).
- 01.06.1933 SS-Führer Friedrich **Jeckeln** wird **zum Chef des braunschweigischen Landespolizeiamtes** ernannt.
- 02.06.1933 erneute Welle von Verhaftungen durch die Hilfspolizei.
- 12.06.1933 **Straffreiheits-Gesetze** durch die braunschweigische Landesregierung für Straftaten, die im Zuge der "Nationalen Erhebung" durch rechtsnationalistische Organisationen begangen wurden (BrGuVO-Samml. Nr. 70, S. 108, siehe auch 22.09.33).
- 25.06.1933 Ermordung des Braunschweiger *Arbeiters* **Otto Rose** (KPD) durch Folter: Der am 22. Juni verhaftete Rose erlag an dem Tag der Schwere seiner erlittenen Verletzungen.
- 26.06.1933 in Flugblättern wird zur Protestaktion nach dem Mord an Roses gegen den Terror aufgerufen.

- 29.06.1933 Großfahndung der Hilfspolizei nach Flugblättern; bei Razzien im Braunschweiger Arbeiterviertel "Eichtal", deren Bewohner überwiegend bei der MIAG arbeiten, *erschießen SS-Männer* versehentlich ihren Kameraden *Gerhard Landmann*.
- 30.06.1933 während der Beisetzung Roses kommt es zu keiner Aktion; dennoch verhaftet die Hilfspolizei Friedhofsbesucher, darunter den Arbeiter aus Braunschweig *Walter Steinbrink*; er wird von SS-Leuten misshandelt und stirbt am 7. Juli 1933 an den Verletzungsfolgen im Landeskrankenhaus.
- Entlassung "marxistischer" Beamter aus dem Dienst
- 01.07.1933 die Klagges-Regierung benutzt den Tod von Landmann als Vorwand für eine erneute Terrorwelle; in Schauprozessen werden Hunderte hauptsächlich kommunistisch orientierte Arbeiter zu Haftstrafen verurteilt;
- der *Gewerkschaftssekretär Hermann Basse* (SPD) wird *ermordet*
- 03.07.1933 der nach der Verhaftungsaktion in der MIAG am 29. und 30. Juni gefoltete Funktionär des Rotfrontkämpfer-Bundes (RFB) *Karl Wolf* stirbt an den Folgen seiner erlittenen Verletzungen.
- 04.07.1933 ***Ermordung von 10 kommunistischen Arbeitern und einem Studenten*** im Käthe-Kollwitz-Haus in Rieseberg / Helmstedt als "Vergeltung" für den Tod des von eigenen SS-Leuten erschossenen Landmann.
- Ermordet wurden *Hermann Behme* (Dreher bei der Miag in Braunschweig, Vorsitzender des Betriebsrates, Mitglied der KPD), *Julius Bley* (Chemiegraph bei Grasshoff in Braunschweig, Mitglied der KPD), *Hans Grimminger* (Elektromonteur bei der Miag, Mitglied des Betriebsrates, Mitglied der KPD), *Kurt Heinemann* (Schneider aus Schöningen, Mitglied der KPD), *Reinhold Liesegang* (Schweißer aus Braunschweig, Mitglied der KPD), *Wilhelm Ludwig* (Bahnarbeiter aus Braunschweig, Mitglied der KPD), *Walter Römling* (Arbeiter bei der Miag, Mitbegründer der Sozialistischen Arbeiterjugend, Mitglied des Betriebsrates, Mitglied der KPD), *Alfred Staats* (Angestellter, Mitglied der KPD), *Willi Steinfass* (Arbeiter bei der Miag, Mitglied der KPD) und *Gustav Schmidt* (Sohn eines Pfarrers, Lehrerstudent in Braunschweig, Sozialistische Studentenverbindung) sowie ein nicht identifizierter Gefangener.
- 06.07.1933 weitere "*Überholaktion*", die "*Landmann-Welle*" in Helmstedt und Wolfenbüttel.
- 07.07.1933 *Ermordung der Kommunisten Fritz Fischer, Alfred Perkampus und Alfred Müller* aus Wolfenbüttel.
- 14.07.1933 Reichsgesetz zur Einziehung sogenannten volks- und staatsfeindlichen Vermögens.
- 18.07.1933 Verfügung Justizminister Alpers zur Verfolgung und Aburteilung der in der AOK-Kaserne eingesperrten Arbeiter.
- 21.07.1933 *Ermordung des Arbeiters Wilhelm Kirchhoff*.
- 24.07.1933 Flugblattaktion der KPD in der MIAG gegen das Massaker der Nazis in Rieseberg.
- 26.07.1933 Maßnahmen der braunschweigischen Staatsregierung zur vorbeugenden Gegnerbekämpfung durch die 8. VO zur Durchführung der "Reichstagsbrand-VO" (VO des Reichspräsidenten zum Schutz von Volk und Staat); sie stellt die Nichtablieferung staatsfeindlicher Schriften unter Strafdrohung; die VO erlaubt eine Doppelbestrafung und stellt das Wegwerfen marxistischer Schriften unter Strafe; BrGuVO-Sammlung Nr. 92/1933, S. 143 f.
- Zweite "Überholaktion" in Wolfenbüttel***
- 28.07.1933 die Beschwerden Braunschweiger Politiker bei Vertretern der Reichsregierung, darunter der ebenfalls langjährige NSDAP-Politiker und ehemaliger Landtagspräsident bzw. amtierende Reichstagsvizepräsident Ernst Zörner, über die skandalösen Folterungen in der AOK veranlassen den Reichsstatthalter, der die AOK besichtigt und die Verhältnisse dort "skandalös" findet, zum Eingreifen.
- 01.08.1933 Jeckeln wird Führer des SS-Oberabschnitts und zieht in die Villa Löbecke, Sitz der SS-Oberabschnitts, ein.
- 03.08.1933 Entlassung von Gefangenen aus dem AOK-Gefängnis.

- 04.08.1933 beschleunigte Verfahren vor dem Sondergericht, das in der AOK tagt, ungefähr 40 Prozesse mit jeweils mehreren Angeklagten an zwei Prozesstagen, rund 200 Verurteilungen.
- 12.08.1933 erneute Flugblattaktion in der MIAG.
- 28.08.1933 Auflösung der aus SA- und SS-Mitgliedern bestehenden Hilfspolizei; bei ihrer Verabschiedung lobt Klagges ihre "hervorragenden Leistungen".
- 20.09.1933 "**Aktion Blankenburg**": ein SS-Kommando verhaftet über 90 Kommunisten bei einer Razzia im Landkreis Blankenburg.
- 22.09.1933 Verabschiedung der **Straffreiheits-Gesetze** im braunschweigischen Freistaat (BrGuVS Nr. Nr 111, S. 162, siehe auch 12.06.33).
- 29.09.1933 Verurteilung von ungefähr 60 Kommunisten durch ein Sondergericht in Blankenburg.
- 07.10.1933 im Prozess wegen Landfriedensbruchs (Schussverletzung eines SA-Mannes am 11.02.33 in Braunschweig) werden der Kommunist **Adolf Wolf** zum Tode und **Ernst Flentge** und **Ernst Donath** zu langjährigen Freiheitsstrafen verurteilt (beide kommen später im KZ ums Leben).
- 18.10.1933 Wahl des NSDAP-Kreisleiters Dr. Wilhelm Hesse zum Oberbürgermeister der Stadt Braunschweig.
- 26.10.1933 Verhaftung von 14 Kommunisten in Braunschweig, die im Oktober öffentlich die NAZ verkauften.
- 06.11.1933 Amtseinführung des neuen Oberbürgermeisters Dr. Hesse.
- 15.11.1933 Anweisung des braunschweigischen Ministerpräsidenten an alle Landjäger (Polizei der Landkreise), auf Flugblattverteiler ohne Anruf zu schießen.
- 30.11.1933 zweites Gesetz über die Geheime Staatspolizei in Preußen.
- 01.12.1933 "**Gesetz zur Sicherung der Einheit von Partei und Staat**" (RGBl. 1933 I, S. 1015) das die NSDAP zur "Trägerin des deutschen Staatsgedankens" machte und - "mit dem Staat unlöslich" verband.
- 1934**
- 27.01.1934 Ernennung Himmlers zum Politischen Polizeikommandeur des Freistaat Braunschweig (Inspekteur der Braunschweigischen Politischen Polizei)
- Ernennung von Klagges zum Ehrenführer der SS im Generalsrang eines SS-Gruppenführers im Stab des Reichsführers SS
- 12.04.1934 Runderlaß des Reichsminister des Innern über **Schutzhaft** (siehe auch Änderungserlaß vom 26. April 1934; der Erlaß versucht formal-juristisch die Schutzhaft einzugrenzen: Begründungsmittel an den Häftling binnen 24 Stunden,
- 17.04.1934 das "**Gesetz über die Braunschweigische Politische Polizei**" (BrGuVO-Sammlung Nr. 55/1934, S. 104.
- 20.04.1934 Göring setzt den Reichsführer SS als Inspekteur für die Geheime Staatspolizei in Preußen ein.
- 26.04.1934 Änderungserlaß des Reichsminister des Innern zum Runderlaß über die Verhängung von Schutzhaft (siehe auch RdErl. vom 26. April 1934.).
- 02.05.1934 Himmler verlegt seine neue Koordinationsstelle, das "**Zentralbüro des Politischen Polizeikommandeurs der Länder**" nach Berlin in das Gebäude, in dem das Geheime Staatspolizeiamt residierte.
- 11.05.1934 Überreichung der Ehrenbürgerschaft der Stadt Braunschweig an den Führer und Reichskanzler Adolf Hitler durch Oberbürgermeister Dr. Hesse.
- 03.07.1934 "Gesetz über Maßnahmen der Staatsnotwehr (RGBl. I, S. 529), das die Morde im Zusammenhang mit der Ausschaltung Röhm und der SA-Führung ("Röhmputsch") straffrei stellte

- 27.07.1934      Achte Verordnung zur Durchführung der „Reichstagsbrand-Verordnung“ durch die braunschweigische Landesregierung. Mit ihr erhält die Braunschweigische Politische Polizei weitestgehende Befugnisse zur Verfolgung und Verhaftung der politischen Gegner.
- 20.12.1934      Gesetz gegen heimtückische Angriffe auf Staat und Partei (RGBl. I, S 1269, "**Heimtückegesetz**").

## 1935

- 02.05.1935 das Oberverwaltungsgericht in Preußen stellt in seinem Urteil fest, daß **Klagen gegen Verfügungen des Geheimen Staatspolizeiamtes nicht mehr zulässig** seien. Das Gericht, das damit Kompetenzen der Justiz an die Polizei abtrat, berief sich dabei auf das zweite Gestapo-Gesetz vom 30. November 1933, wonach die Gestapo nicht mehr zur allgemeinen Polizeiverwaltung des Innenministeriums gehört.
- 12.07.1935 **geheimer Präventiverlaß des Reichsführers SS und Politischen Polizeikommandeurs** über Schutzhaftverhängung; der Zweck der Himmlerschen Verfügung bestand vor allem darin, politisch mißliebige Personen auch dann einzusperren, wenn ihnen keine strafrechtlichen Verstöße angehängt werden konnten; auf eine konkrete Beweisführung der behaupteten "staatsfeindlichen Betätigung" konnten die Politischen Polizeien verzichten, denn aufgrund des Geheimerlasses genügte es, "*die Begründung des dringenden Verdachts*" zur Verhaftung und Schutzhaftverhängung anzuführen, auch wenn keine konkreten Belastungsmittel vorgelegt werden konnten.

## 1936

- 10-02.1936 Die Aufgabe der Politischen Polizei definierte das dritte preußische Gestapo-Gesetz
- 17.06.1936 Himmler wird zum Chef der Deutschen Polizei im Reichsministerium des Innern ernannt und geht unverzüglich an die bereits seit Jahren vorbereitete Verreichlichung des Polizeiwesens
- 26.06.1936 Himmler faßt die Polizeien in zwei "Hauptämter" zusammen: das Hauptamt "*Ordnungspolizei*" (= Schutzpolizei, Gendarmen und Gemeindepolizei) unter Kurt Dalwege und das **Hauptamt "Sicherheitspolizei"** (= Geheime Staatspolizei und Kriminalpolizei), kurz "*Sipo*" unter Reinhard Heydrich.
- 01.11.1936 Hermann Göring erhält die Ehrenbürgerschaft der Stadt Braunschweig

## 1937

- 01.06.1937 Durch den Erlaß über „**verschärfte Vernehmungen**“ wird die polizeiliche Folterpraxis bei Verhören „legalisiert“.

## 1938

- 25.01.1938 Runderlaß des Reichsführers SS und Chef der deutschen Polizei über Schutzhaft. Die Gestapo „legalisiert“ ihre bisherige Praxis setzt sich damit mit ihrem „Gesamtauftrag“ durch. Die Staatspolizei(leit)stellen sind befugt, Personen für 10 Tage „vorläufig festzunehmen“.
- 03.06.1938 Richtfest der Reichsakademie für Jugendführung unter Anwesenheit des Reichsjugendführers Baldur von Schirach, der zum Ehrenbürger der Stadt Braunschweig ernannt wird
- 09.11.1938 Unter der Bezeichnung „**Reichskristallnacht**“ erreichen die antijüdischen Pogrome einen neuen Höhepunkt. Als rechtsgeschichtliche Zäsur offenbart die Justiz ihr endgültiges Versagen, irgendeine Form des Rechts gegenüber Partei und Gestapo zu wahren.

## 1939

- 01.09.1939 Nach einem inszenierten „polnischen“ Angriff durch die SS auf den Sender Gleiwitz, erfolgt Überfall der Wehrmacht auf Polen. Der Zweite Weltkrieg beginnt.
- 07.09.1939 Erste **staatspolizeiliche Hinrichtung** unter der Bezeichnung „**Sonderbehandlung**“. Die Gestapo weitet ihre Strafkompetenz damit im letzten der Justiz verbliebene Bereiche aus. Sie verhängt somit – neben der Justiz – sämtliche Strafen, bis hin zur Todesstrafe.

- 04.10.1939 mit einem weiteren Erlaß über die „**Schutzhaft**“ wird die Frist für „**vorläufige Festnahmen**“ auf drei Wochen ausgedehnt.
- 27.09.1939 Himmler legt die staatlichen Zentralämter der "Ordnungs-" und "Sicherheitspolizei" mit dem parteizugehörigen Sicherheitshauptamt des SS-Nachrichtendienstes (= SD-Hauptamt) am 27. September 1939 zum "**Reichssicherheitshauptamt**" (**RSHA**) zusammen; Chef der neuen Reichsbehörde wird Reinhard Heydrich.
- 1940
- 08.03.1940 Erlaß des Reichsführers SS und Chef der Deutschen Polizei (RFSSu ChdtPol), mit denen die in Deutschland arbeitende polnische Bevölkerung staatspolizeilich „**Lebensführungsregeln**“ unterworfen wird (Kennzeichnungspflicht durch ein aufgenähtes „P“ auf der Kleidung, härteste Strafandrohungen – Todesstrafe – bei geringsten Vergehen).
- 29.03.1940 Mit Verordnung des braunschweigischen Ministers des Innern erfolgt die Errichtung einer staatlichen Polizeiverwaltung im Braunschweiger Reichswerke-Gebiet. Der Zweck besteht vor allem in der verstärkten Kontrolle der ausländischen und deutschen Arbeiter.
- Juni 1940 Der Höhere SS- und Polizeiführer Mitte, Friedrich Jeckeln, richtet mit der Staatspolizeistelle Braunschweig und der Konzernleitung der Reichswerke bei Hallendorf ein „**Polizeisonderlager**“, ein, das als Vorbild für den Aufbau des „Arbeitserziehungslagersystems“ dient.
- 1941
- 28.05.1941 Runderlaß des Reichsführers SS und Chef der Deutschen Polizei über "**Arbeitserziehungslager**": Mit diesem Erlaß werden die staatspolizeilichen Arbeitsstraflager mit der euphemistischen bezeichnung „**Arbeitserziehung**“ belegt. Die Staatspolizeistelle kann bis zu 56 Tagen Haft in eigener Zuständigkeit verhängen.
- Juni 1941 Auf dem Gelände der Stahlwerke Braunschweig GmbH (Reichswerke-Gruppe) wird ein Lager für Wehrmachtsstrafgefangene errichtet, das bis September 1942 besteht.
- 05./06.07.1941 bei der Bombardierung der Reichswerke, in deren Verlauf Bomben auf das Lager der italienischen Arbeiter fallen, verlieren in der Nacht 51 Italiener das Leben. Im Lager bricht Panik aus, viele Lagerbewohner flüchten.
- 01.08.1941 Gründung des Arbeitsamtes „Reichswerke Hermann Göring“. Der Zweck der Behörde besteht ausschließlich darin, die Unternehmen der Reichswerke und die Aufbaubetriebe mit Arbeitskräften aus dem In- und Ausland zu versorgen.
- September 1941 Kennzeichnungspflichtigkeit für Juden in Deutschland; sie müssen fortan außen sichtbar einen gelben Stern an der Kleidung tragen.
- 31.10.1941 Die Reichsführung trifft die Entscheidung für den „**Russeneinsatz**“. In den besetzten Staatsgebiet der Sowjetunion beginnen die Treibjagden der deutschen Besatzungsmacht und Zwangsrekrutierungen für die Rüstungsindustrie Deutschlands.
- 1942
- 20.01.1942 „**Wannseekonferenz**“ über die Organisation und Durchführung der Deportationen und Vernichtung der Juden in Europa
- 01.02.1942 Himmler legt die SS-Hauptämter „Haushalt und Bauten“ und „Verwaltung und Wirtschaft“ zum **SS- Wirtschaftsverwaltungshauptamt (SS-WVHA)** zusammen. Damit bildet sich eine effiziente Kommandobehörde der SS-Verwaltung heraus.
- 20.02.1942 Erster Runderlaß des Reichsführers SS und Chef der Deutschen Polizei über die „**Lebensführungsregeln**“ der Frauen und Männer aus dem sowjetischen Staatsgebiet („**Ostarbeiter**“). Die an den „**Polenerlassen**“ angelehnten Bestimmungen enthalten – neben der kennzeichnungspflicht mit dem Abzeichen „**Ost**“ – ebenfalls die härtesten Strafbestimmungen.

- 02./03.03.1942 Der erste Transport mit 1200 Männern und Frauen aus der Sowjetunion trifft im Land Braunschweig im Lager Reppner (am westlichen Fuhseknick in Watenstedt-Salzgitter) ein.
- 16.03.1942 Die bislang dem SS-Führungshauptamt zugeordnete Dienststelle des „**Inspektors der Konzentrationslager**“ wird als „**Amtsgruppe D**“ – Konzentrationslager in das SS- Wirtschaftsverwaltungshauptamt (**SS-WVHA**) eingegliedert. Von hier aus wird der ab 1942 beginnende „Arbeitseinsatz“ von KZ-Häftlingen in der deutschen Rüstungsindustrie organisiert.
- 01.04.1942 Aus Teilen des braunschweigischen Landes, Amtsgerichtsbezirk Salder / Landkreis Wolfenbüttel und Teilen der preußischen Provinz Hannover, des ehemaligen Landkreises Goslar (bis zum Gebietstausch im Juni 1941 gegen das braunschweigische Holzminden) wird die kreisfreie Stadt Watenstedt-Salzgitter gebildet. Das zum Land Braunschweig gehörende Gebiet wird durch einen Staatskommissar verwaltet.
- 12.06.1942 Erlaß des Chefs im Geheimen Staatspolizeiamt, Heinrich Müller, über "**Verschärfte Vernehmungen**" (Prügel und Stockhiebe, Dunkelzellenhaft, Schlafentzug, Ermüdungsbehandlungen u.a.m.)
- Juli 1942 im Zuständigkeitsbereich der Staatspolizeistelle Braunschweig wird das „**Polizei-sonderlager**“ („**Arbeitserziehungslager**“) bei Hallendorf um ein Straflager für Frauen erweitert.
- 18.09.1942 Vereinbarung zwischen dem Reichsführer SS und Chef der Deutschen Polizei, Himmler, und dem Reichsminister der Justiz, Thierack, nach der „Juden, Polen, Russen und Ukrainer nicht mehr von den ordentlichen Gerichten ... abgeurteilt werden sollen, sondern durch den Reichsführer SS erledigt werden.“
- Oktober 1942 Mit der Errichtung des ersten Konzentrationslagers (KZ Drütte), ein Außenlager des KZ Neuengamme im Hüttenwerk der Reichswerke (Watenstedt-Salzgitter) beginnt im Land Braunschweig die Zwangsarbeit von KZ-Häftlingen. Die ersten Häftlinge werden aus dem KZ Buchenwald nach Drütte verfrachtet.
- 1943
- 12.04.1943 Weiterer Erlaß des Chefs der Sicherheitspolizei über „**verschärfte Vernehmungen**“ u.a. durch Kettenfesselung
- 1944
- 03.09.1944 **Massenhinrichtungen bei Büsing:** Auf dem Gelände der Braunschweiger Büsing-Werke werden neun Jugendliche aus dem sowjetischen Staatsgebiet durch Angehörige der Staatspolizeistelle Braunschweig und unter Beteiligung von Parteifunktionären und Unternehmensleitung erhängt
- 14./  
15.10.1944 Schwerste Bombardierung der Stadt Braunschweig, die gesamte Innenstadt wird zerstört
- Dezember 1944 Im Braunschweiger Land schufteten über 10.000 KZ-, Polizei- und Justizgefangene in den Rüstungsindustrien des Landes
- 1945
- 11.04.1945 Amerikanische Truppen besetzen das Stadtgebiet der Reichswerke, Watenstedt-Salzgitter
- 12.04.1945 Amerikanische Truppen marschieren in die Stadt Braunschweig ein

## Tötungshandlungen im Verlauf der nationalsozialistischen Gewaltaktionen und -verbrechen (Angehörige von SA- und SS-Verbänden sowie des Stahlhelms bzw. der aus den Organisationen gebildeten „Hilfspolizei“)

Personen, die im Freistaat Braunschweig durch Gewalt- und Tötungshandlungen nazistischer Täter ermordet wurden

### **Auguste Reinicke**

Hausfrau aus Braunschweig (SPD)

starb an den Folgen eines ungezielten Schusses bei einem SA-Aufmarsch (12. Februar) am 14. Februar 1933

### **Albert Wiese**

Arbeiter aus Braunschweig (KJVD)

starb an den Folgen eines ungezielten Schusses bei einem SA-Aufmarsch (12. Februar) am 13. Februar 1933

### **Hans Saile**

Kaufmann aus Berlin (SPD)

am 9. März 1933 von SS-Leuten bei der Erstürmung und Besetzung des Volksfreund-Gebäudes erschossen

### **Mattias Theisen**

hauptberuflicher Gewerkschaftsfunktionär

am 15. März 1933 von SS-Leuten so schwer mißhandelt, daß er am 10. April 1933 an den Verletzungsfolgen starb

### **Max Bremer**

Kaufmann aus Seesen, Jude

am 15. März 1933 von SA-Leuten verhaftet und mißhandelt, am 17. März 1933 in einer Gefängniszelle erhängt

### **August Grothenne**

Telegrafenaufseher aus Lutter (SPD)

am 27. März 1933 von SS-Leuten aus Braunschweig schwer mißhandelt, verstarb am 28. März 1933 an den Folgen der Verletzungen

### **Paul Kriosko**

Arbeiter aus Braunschweig (Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold)

am 27. März 1933 bei der Besetzung der AOK durch SA-Leute vor seiner Wohnung erschossen

### **Willi Ohlhoff**

Stahlhelm-Angehöriger aus Braunschweig

am 14. Mai 1933 aus einer marschierenden Kolonne des Stahlhelms heraus von einem Heckenschützen der SA erschossen

### **Otto Rose**

Arbeiter aus Braunschweig (KPD)

am 22. Juni 1933 von SS-Leuten verhaftet und schwer mißhandelt, wurde am 25. Juni 1933 in der Haftzelle erhängt

### **Walter Steinbrink**

Arbeiter aus Braunschweig  
am 28. Juni 1933 bei der Beerdigung Otto Roses auf dem Friedhof verhaftet und von SS-Leuten misshandelt, stirbt am 7. Juli 1933 an den Verletzungsfolgen im Landeskrankenhaus

### **Kurt Schölpmann**

Gärtner aus Braunschweig  
am 29. Juni 1933 im SS-Hilfspolizeihauptquartier Volksfreund-Gebäude aus unbekanntem Gründen dort gefoltert und von SS-Leuten aus dem Fenster geworfen

### **Hermann Bosse**

SA-Mann aus Braunschweig  
am 29./30. Juni 1933 von SS-Leuten abgeholt, aus unbekanntem Gründen gefoltert und ermordet

### **Wilhelm Kirchhoff**

Arbeiter aus Braunschweig (KPD)  
am 29./30. Juni 1933 von SA-Leuten verhaftet und schwer mißhandelt, verstarb am 27. Juli 1933 im Landeskrankenhaus an den Folgen schwerer Vereiterungen

### **Karl Wolf**

Funktionär im Rotfrontkämpfer-Bund  
am 29./30. Juni 1933 von SA- und SS-Leuten mißhandelt und gezwungen, aus dem Fenster zu springen, verstarb am 3. Juli 1933 an den Folgen der dabei erlittenen Verletzungen

### **Hermann Basse**

Gewerkschaftssekretär aus Braunschweig (SPD)  
am 1. Juli 1933 von SS-Leuten schwer mißhandelt, um weiteren Folterungen zu entkommen, aus dem Fenster gesprungen und dabei zu Tode gestürzt

## **Massaker in Rieseberg am 04. Juli 1933**

als Vergeltungs- und Warnungsaktion aufgrund des Todes des SS-Mannes Gerhard Landmann, der bei einer Razzia von SS-Einheiten dabei versehentlich von eigenen Leuten erschossen wurde

### **Hermann Behme**

Dreher bei der Mühlen- und Industriebau AG (MIAG) in Braunschweig  
Stadtverordneter und Vorsitzender des Betriebsrates, Mitglied der KPD  
am 4. Juli 1933 in Rieseberg ermordet

### **Hans Grimminger**

Elektromonteur bei der MIAG, Mitglied des Betriebsrates, Mitglied der KPD  
am 4. Juli 1933 in Rieseberg ermordet

### **Alfred Staats**

Angestellter aus Braunschweig (KPD)  
am 4. Juli 1933 in Rieseberg ermordet

### **Julius Bley**

Chemiegraph bei Grasshoff in Braunschweig (KPD)  
am 4. Juli 1933 in Rieseberg ermordet

### **Willi Steinfass**

Arbeiter bei der MIAG, Mitglied des Betriebsrates, Mitglied der KPD

am 4. Juli 1933 in Rieseberg ermordet

### **Kurt Heinemann**

Schneider aus Schöningen (Jude, KPD)  
am 4. Juli 1933 in Rieseberg ermordet

### **Reinhold Liesegang**

Schweißer aus Braunschweig bei der MIAG (KPD)  
am 4. Juli 1933 in Rieseberg ermordet

### **Walter Römling**

Arbeiter bei der MIAG, Mitbegründer der Sozialistischen Arbeiterjugend  
Mitglied des Betriebsrates, Mitglied der KPD  
am 4. Juli 1933 in Rieseberg ermordet

### **Wilhelm Ludwig**

Bahnarbeiter aus Braunschweig (KPD)  
am 4. Juli 1933 in Rieseberg ermordet

### **Gustav Schmidt**

Lehrerstudent aus Braunschweig (Sozialistische Studentenverbindung)  
am 4. Juli 1933 in Rieseberg ermordet

**unbekannt** (11. nicht identifizierte Person der in Rieseberg Erschossenen)

am 4. Juli 1933 in Rieseberg ermordet

## **nach Rieseberg**

### **Benno Zauderer**

Mitglied des Reichsbundes jüdischer Frontsoldaten und polnischer Staatsbürger  
am 5. Juli 1933 von SS-Leuten verhaftet, gefoltert und an Verletzungsfolgen gestorben

### **Benno Ehlers**

Braunschweig  
am 6. Juli 1933 im "Volksfreund" ermordet

### **Fritz Fischer**

Bauarbeiter aus Wolfenbüttel (KPD)  
am 6. Juli 1933 von Wolfenbüttler SA-Leuten zu Tode gefoltert

### **Alfred Perkampus**

Maurer aus Wolfenbüttel (KPD)  
am 6. Juli 1933 von Wolfenbüttler SA-Leuten zu Tode gefoltert

### **Alfred Müller**

aus Wolfenbüttel (KPD)  
am 6. Juli 1933 von Wolfenbüttler SA-Leuten zu Tode gefoltert

### **Albert Voigt**

Braunschweig  
am 29. Juli 1933 erschossen

## **Brandt**

SA-Mann aus Neinstedt

am 30. September 1933 auf Grund der Verwechslung mit einem namensgleichen Kommunisten von SS-Leuten zu Tode gefoltert

## **Adolf Wolf**

Arbeiter aus Braunschweig (KPD)

am 7. Oktober 1933 zum Tode verurteilt, weil er am 10. Februar 1933 einen SA-Mann durch einen Schuß in den Oberarm verletzte, als SA-Männer die Straße Nickelnkulk einfielen

Durch die Landesregierung des Freistaates Braunschweig und Braunschweigische Politische Polizei bzw. Geheime Staatspolizei verfolgte und verstorbene Mandatsträger und Oppositionelle aus dem Land Braunschweig (alphabetisch)

### **Karl Becker**

Arbeiter aus Braunschweig, 1933 Mitglied des Metallarbeiter-Verbandes  
Verhaftung durch die Gestapo am 19. September 1939, das Sondergericht verurteilte ihn am 9. Februar 1940 wegen Verstoßes gegen das Heimtücke-Gesetz zu einem Jahr Gefängnis; anschließend lieferte sie ihn in ein Konzentrationslager ein; am 27. Februar 1942 starb er im Konzentrationslager Sachsenhausen

### **Hermann Bode**

Jg. 1911, Arbeiter aus Braunschweig, konnte seine Lehre als Mechaniker aufgrund des Konkurses des Unternehmens, in dem er lernte, nicht abschließen; Hermann Bode schloss sich ebenso wie seine drei Brüder dem Kommunistischen Jugendverband Deutschlands (KJVD) an. Aufgrund der Ablehnung der „Sozialfaschismus“-These zeitweise Ausschluss aus der KPD. 1931 mit 20 Jahren Mitglied der Braunschweiger Stadtverordnetenversammlung; Mehrmals verhaftet, u.a. mehrere Jahre Haft im KZ Dachau; ab 1943 Bewährungsbataillon „999“, wegen Aufbau einer Widerstandsgruppe mit Leidensgenossen beim Militäreinsatz in Griechenland denunziert, wurde Bode verhaftet und nach einem gescheiterten Fluchtversuch von einem militärischen Standgericht am 9. Juni 1944 hingerichtet, nachdem Bode sich geweigert hatte, Genossen zu verraten.

### **Ernst Casties**

Zimmerpolier, Stadtverordneter der SPD aus Bad Harzburg; Casties kam im Zuge der "Aktion Gewitter" (August 1944) in das Arbeitserziehungslager in Haft und wurde am 22. September 1944 in das Konzentrationslager Sachsenhausen eingeliefert; wegen Arbeitsunfähigkeit brachte ihn die SS im Frühjahr 1945 in das Lager Bergen-Belsen, wo er – nach amtlichen Angaben – am 14. April 1945 starb.

### **Rudolf Claus**

Dreher aus Braunschweig, Sekretär der "Roten Hilfe Deutschlands" (KAPD und KPD)  
1933 verhaftet, für kurze Zeit wieder freigelassen; wegen der Fortführung der illegalen Reichsleitung der "Roten Hilfe" am 14. Mai 1934 in Berlin verhaftet und wegen Vor-bereitung eines hochverräterischen Unternehmens unter erschwerten Umständen vom 2. Senat des Volksgerichtshofes zum Tode verurteilt; er wurde trotz internationaler Protestaktionen am 17. Dezember 1935 in Plötzensee hingerichtet

### **Adolf Dimmik**

Beigeordneter i.R., SPD-Funktionär aus Bad Harzburg  
die Gestapo verhaftete ihn wie Löhr und Siems am 16. August 1938 und versuchte ihm nachzuweisen, die SPD wiederbegründet zu haben; am 4. März 1939 wurde er wieder entlassen;  
im Zuge der "Aktion Gewitter" (August 1944) am 22. August 1944 ins Arbeitserziehungslager Hallendorf, anschließend am 22. September 1944 in das Konzentrationslager Sachsenhausen eingeliefert; wegen Arbeitsunfähigkeit brachte man ihn am 24. Februar 1945 nach Bergen-Belsen, wo er – nach amtlichen Angaben – am 14. April 1945 starb.

## **Ernst Domke**

Kaufmann, Kreistagsabgeordneter des Landkreises Wolfenbüttel für die SPD aus Wittmar  
E. D. wurde ebenfalls im Zuge der "Aktion Gewitter" (August 1944) verhaftet: Lager 21, Konzentrationslager Sachsenhausen, Konzentrationslager Bergen-Belsen, wo er im Frühjahr – nach amtlichen Angaben – am 14. April 1945 starb.

## **Ernst Donath**

Schlosser aus Braunschweig, Funktionär der KPD  
am 26. Juni 1933 in U-Haft wegen Landfriedensbruch (Angriff auf Nationalsozialisten, die eine Straße im Arbeiterwohnviertel unsicher machten); vom Sondergericht verurteilt wegen Landfriedensbruch (zusammen mit Flentge); vom 7. Oktober 1933 bis 7. Oktober 1938 in Justizstrafhaft in Wolfenbüttel; anschließend Schutzhaft vom 12. Oktober 1938 bis 12. Januar 1945 Konzentrationslager Sachsenhausen; wegen Arbeits-unfähigkeit am 15. Januar 1945 ins Konzentrationslager Bergen-Belsen gebracht und dort – nach amtlichen Angaben – am 4. März 1945 gestorben.

## **Albert Drösemeyer**

bis 1933 Geschäftsführer der Allgemeinen Ortskrankenkasse (AOK) in Schönigen, SPD  
A. D. wurde 1938 wegen seiner Verbindungen zu Plumenblohm verhaftet; nach schwerer Folter durch die Gestapo erhängte er sich in Untersuchungshaft im U-Gefängnis Renneberg.

## **Ernst Flentge**

Stanzer aus Braunschweig, Funktionär der KPD  
am 7. Oktober 1933 nach längerer Schutzhaft und U-Haft wegen Landfriedensbruch (zusammen mit Donath) zu fünf Jahren Gefängnis verurteilt; im Anschluß in Schutzhaft genommen, ins Konzentrationslager Sachsenhausen gebracht; ebefalls wegen Arbeitsunfähigkeit in das Konzentrationslager Bergen-Belsen verlegt, wo er im Frühjahr 1945 strab.

## **August Fuhst**

Kutscher, SPD-Mitglied aus Braunschweig  
A.F. versuchte gegen Kriegsende, Gegenpropaganda zu machen; durch ein Urteil des Volksgerichtshofs wurde er am 1. Dezember 1944 in Berlin wegen Vorbereitung zum Hochverrat, Feindbegünstigung und Wehrkraftzersetzung zum Tode verurteilt; das Urteil wurde am 8. Januar 1945 im Landgerichtsgefängnis Potsdam vollstreckt.

## **Paul Gmeiner**

Dreher, Aktivist des Spartakusbundes, 1918 Braunschweiger Arbeiter- und Soldatenrat, Vorsitzender des KPD-Unterbezirks Braunschweig, Landtagsabgeordneter  
am 31. Januar 1933 bei einer Flugblattaktion verhaftet, "irrtümlich" wieder freigelassen; im Sommer 1933 in Hannover erneut verhaftet und nach Braunschweig gebracht; dort nach langer Untersuchungs-Haft wegen Vorbereitung zum Hochverrat zu zwei Jahren und neun Monaten Zuchthaus verurteilt; nach justizieller Strafverbüßung durch Gestapo in Schutzhaft genommen und ins Konzentrationslager Dachau eingeliefert; am 20. April 1939 nach Braunschweig entlassen, jedoch bei Kriegsausbruch sofort wieder ins Konzentrationslager Sachsenhausen gebracht; am 18. April 1944 durch einen Bombenangriff getötet.

## **Willi Grobe**

Schlosser, Stadtverordneter der KPD aus Braunschweig und Stadtrat, Betriebsrat bei Konegen und Büssing

vom 21. März 1933 bis 3. November 1933 in Braunschweig in Schutzhaft; am 9. August 1935 durch den Himmlerschen Präventiverlaß nach Dachau in Schutzhaft genommen und am 4. Mai 1939 entlassen; erneute Verhaftung im Zuge der "Aktion Gewitter" (August 1944) zunächst ins Arbeiterziehungslager Hallendorf, anschließend in in das Konzentrationslager Sachsenhausen eingeliefert und am 4. Februar 1945 nach Bergen-Belsen verlegt, wo er starb.

## **Walter Hensel**

Musiker, Stadtteilleiter der KPD in Braunschweig

Schutzhaft vom 4. Mai 1933 bis 5. Oktober 1933; am 30. November 1933 wegen Vorbereitung zum Hochverrat (Mitgliedschaft in einer verbotenen Partei) zu einem Jahr Gefängnis verurteilt; nach Justizhaft von der Gestapo unmittelbar in Schutzhaft genommen und am 11. März 1935 wegen öffentlicher Beleidigung einer Person der NSDAP bis zum 26. Juli 1935 im Gefängnis Wolfenbüttel eingesperrt; am 9. August 1935 mittels des Himmlerschen Präventiverlasses ins Konzentrationslager Dachau eingeliefert; W.H. wurde am 18. März 1937 ermordet.

## **Dr. Heinrich Jasper**

Rechtsanwalt, Stadtverordneter, Fraktionsvorsitzender der SPD- Landtagsfraktion, Staatsminister und Ministerpräsident im Freistaat Braunschweig

1933 mißhandelt und in Schutzhaft genommen, Gefangenschaft im Konzentrationslager Dachau, mit Meldeauflagen entlassen; im Verlauf der "Aktion Gewitter" am 22. August 1944 erneut verhaftet, zunächst in das Gestapo-Lager bei Hallendorf, anschließend in das Konzentrationslager Sachsenhausen gebracht; sterbenskrank am 15. Januar 1945 nach Bergen-Belsen gebracht, wo er am 19. Februar 1945 starb.

## **Robert Kauschke**

Zimmermann, ohne Parteizugehörigkeit aus Helmstedt.

R.K. wurde am 2. Juni 1936 wegen groben Unfugs zu sechs Wochen Haft verurteilt; in der Haft bildete er eine antifaschistische Grundhaltung aus; nach der Entlassung habe er versucht, so das Braunschweiger Sondergericht, andere durch "*böswillige, gehässige, hetzerische Äußerungen auf der Arbeitsstelle über den Führer*" zu beeinflussen; Verurteilung zu acht Monaten Gefängnis (28. November 1938 bis 30. Juli 1939); nach Justizhaft unmittelbar von Gestapo in Schutzhaft, vom 18. August 1939 ins Konzentrationslager Sachsenhausen gebracht, am 5. März 1940 nach Dachau verlegt, am 16. August 1941 ins Konzentrationslager Mauthausen eingeliefert; am 22. Mai 1942 ums Leben gekommen.

## **Rudolf Löh**

Kaufmann, 1928 Mitglied im Arbeiter- und Soldatenrat, Ortsvorsitzender (SPD) der Stadt, Landtagsabgeordneter

1933 mißhandelt, in den folgenden Jahren wiederholt verhaftet; 1938 wegen Wiederbegründung der SPD in U-Haft; am 21. August 1944 bei der "Aktion Gewitter" erneut verhaftet und ins Konzentrationslager Sachsenhausen gebracht; von dort im Januar nach Bergen-Belsen, wo er im Frühjahr 1945 starb.

## **August Merges**

Schneider, Hauptagitator der Streikbewegung im Ersten Weltkrieg, 1918 Braunschweiger Arbeiter- und Soldatenrat, Präsident des Freistaates Braunschweig, Mitglied der Nationalversammlung, danach Anarchosyndikalist (KAPD und AAU) in Braunschweig

1935 als Mitglied einer Widerstandsgruppe verhaftet, von der Gestapo schwer mißhandelt; zu drei Jahren Zuchthaus verurteilt; anschließend in Schutzhaft genommen; durch die Mißhandlungen litt er an Knochentuberkulose, an der am 6. März 1945 starb.

## Herbert Müller

Spinereiarbeiter, Mitglied der Ersten Bibelforscher, aus Wolfenbüttel wegen seiner Zugehörigkeit zu den Zeugen Jehovas (Bibelforscher) am 19. November 1937 verhaftet und am 9. Februar 1938 vom Sondergericht Braunschweig zu einem Jahr Haft verurteilt; nach Verbüßung der Teilstrafe am 7. Mai 1938 der Staatspolizeistelle Braunschweig übergeben und von dieser bis zum 28. Juli 1938 in Schutzhaft genommen; anschließend in das Konzentrationslager Buchenwald eingeliefert, am 7. März 1941 in das Konzentrationslager Niedernhagen verlegt, wo er am 29. September 1941 starb.

## Otto Nachtigall

Arbeiter aus Schöningen im Herbst 1939 stimmte er nicht in die Siegesstimmung seiner Arbeitskollegen über den deutschen Vormarsch in Polen ein; der Stukkateur Arthur Seime zeigte ihn wegen *"staatsfeindlicher und den Führer verächtlichmachender Reden"*; das Sondergericht Braunschweig verurteilte ihn zu 15 Monaten Gefängnis; nach Strafverbüßung von der Gestapo in das Konzentrationslager Mauthausen eingeliefert, wo er drei Monate später "auf der Flucht erschossen" wurde.

## Erich Plumenbohm

bis 1933 Geschäftsführer der AOK in Bad Gandersheim, nach 1933 Wachmann bei der Braunschweiger Wach- und Schließgesellschaft (SPD) E.P. wurde 1938 wegen Verstoßes gegen das Heimtücke-Gesetz angezeigt und zu einer Gefängnisstrafe verurteilt; nach der Justizhaft Einweisung in ein Konzentrationslager, später entlassen; 1944 durch die Gestapo erneut verhaftet und in das Konzentrationslager Sachsenhausen eingeliefert, anschließend nach in Bergen-Belsen, wo er im Frühjahr 1945 ums Leben kam.

## Kuno Rieke

Lehrer, Landtagsabgeordneter (SPD), 1930 Landtagspräsident 1933 mißhandelt; aus Braunschweig geflüchtet; am 9. August 1935 aufgrund des Himmlerschen Präventiv-Erlasses in "Schutzhaft" genommen und ins Konzentrationslager Dachau gebracht; verstarb im Konzentrationslager am 2. März 1945

## Robert Rose

Maler, Mitglied der Stadtteilleitung in der Braunschweiger KPD am 2. Juli 1933 im Zuge der Landmann-Aktion verhaftet und wegen Vorbereitung zum Hochverrat zu einer Gefängnisstrafe verurteilt; im Sommer 1939 erneute Verhaftung und Verurteilung wegen Verstoßes gegen das Heimtücke-Gesetz; nach Haftverbüßung in das Arbeitserziehungslager 21 eingeliefert, danach ins Konzentrationslager Buchenwald und Dachau, wo er am 25. September 1942 umgebracht wurde.

## Karl Scheide

Klempner, 1933 Stadtverordneten kandidat für die SPD in Braunschweig K.Sch. wurde im Zusammenhang mit der Verbreitung des Braunbuchs in der Stadt und an Baustellen der Autobahn wegen Vorbereitung zum Hochverrat am 16. Mai 1936 zu acht Monaten Gefängnis verurteilt; anschließend von der Gestapo in Schutzhaft genommen; wieder freigelassen erfolgte am 20. Juli 1944 seine erneute Verhaftung von Nachrichten über die Widerstandsaktion gegen Hitler zu einem Jahr Zuchthaus verurteilt; er starb am 17. März 1945 im Zuchthaus Coswig/Anhalt.

## Heinrich Siems

Landarbeiter, bis 1933 Geschäftsführer der AOK in Langelsheim, seit 1904 Mitglied der SPD, Bezirksleiter des dritten braunschweigischen Wahlkreises bis 1920, 1918 Braunschweiger Arbeiter- und Soldatenrat, 1920 bis 1933 Landtagsabgeordneter;

1933 mißhandelt und in Schutzhaft gesperrt; am 16. August 1938 wegen angeblicher Wiederbegründung der SPD in Untersuchungs-Haft; im Zuge der "Aktion Gewitter" im August 1944 erneut verhaftet und in das Konzentrationslager Sachsenhausen eingeliefert, von dort nach Bergen-Belsen gebracht, wo er im Frühjahr 1945 umkam.

## Heinrich Simon

Schlosser, Gewerkschaftsfunktionär, Stadtverordneter der SPD in Braunschweig

1933 mißhandelt, anschließend nach Holland geflüchtet; beim Einmarsch deutscher Besatzungstruppen verhaftet und nach Braunschweig gebracht; nach Schutzhaft zunächst entlassen und im Zuge der "Aktion Gewitter" am 21. August 1944 erneut verhaftet und in das Konzentrationslager Sachsenhausen eingeliefert,

## Fritz Skierde

Technischer Zeichner aus Braunschweig, parteilos

F.S. äußerte sich gegenüber nationalsozialistisch gesinnten Kollegen kritisch über das Regime; trotz Warnung eines Kollegen, ihn nicht weiter mit "staatsfeindlichem" Gerede zu provozieren, setzte er seine kritische Haltung fort und wurde deshalb 1938 angezeigt; S. wurde gerichtlich zu zwei Jahren Haft verurteilt und anschließend in das Konzentrationslager Buchenwald eingeliefert, wo er kurze Zeit später an Lungenentzündung starb.

## Gustav Steinbrecher

Schriftsetzer, Arbeitersekretär, Landtagsabgeordneter (SPD) und Minister in Braunschweig

1933 mißhandelt; anschließend nach Hamburg geflüchtet; wegen seiner Kontakte zu Braunschweiger Emigranten in Dänemark 1935 dort verhaftet und nach Braunschweig gebracht; ins Konzentrationslager Dachau eingeliefert, später als Haftverschärfung ins Konzentrationslager Mauthausen; dort am 30. Januar 1940 an Ruhr gestorben.

## Otto Thielemann

Schriftsteller, Redakteur beim "Volksfreund", Landtagsabgeordneter (SPD)

Auf Weisung von Klagges und Alpers gefoltert; nach Freilassung nach Hamburg geflüchtet und dort kurze Zeit später erneut verhaftet; drei Jahre "Schutzhaft" in Braunschweig; 1936 ins Konzentrationslager Dachau gebracht und im berühmten Bunker (auf Wunsch Klagges) stranguliert

## Heinrich Waltemate

Vulkaniseur, Mitglied der KPD in Braunschweig

im Zuge der Landmann-Aktion in Haft und am 9. August 1933 vom in der AOK tagenden Braunschweiger Sondergericht wegen Teilnahme an verbotenen Versammlungen und der Verteilung von kommunistischen Zeitungen zu sechs Jahren und sechs Monaten Gefängnis verurteilt, die er in Braunschweig, Wolfenbüttel und Münster verbüßte; anschließend erfolgte seine Einweisung in eine Heil- und Pflegeanstalt wegen Haftpsychose infolge Krankheit; am 2. Juli 1941 in Bernburg als sogenannte "Ballast-Existen" umgebracht.

## **Hermann Wilke**

Arbeiter aus Braunschweig, bis 1933 Mitglied und Kassierer der AAU

H.W. leistete in der Schade-Gruppe 1933/35 Widerstand und wurde im Hauptprozeß zu vier Jahren Zuchthaus verurteilt. Er verstarb während dieser Haft zu einem nicht bekannten Zeitpunkt um 1938/39

## **Artur Wischer**

Arbeiter aus Braunschweig

A.W. wurde am 15. Oktober 1941 von der Staatspolizeistelle Braunschweig wegen "Arbeitsbummelei" verhaftet, nachdem er nicht zur Arbeit gekommen war und erklärt hatte, er wolle nicht mehr für die Nazis arbeiten; Die Gestapo nahm ihn in Schutzhaft ins Konzentrationslager Buchenwald, wo er am Tag der Einlieferung, den 12. Februar 1942, umkam